



Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume | Postfach 71 51 | 24171 Kiel

Der Minister

Bundesministerin für
Umwelt, Naturschutz, Bau
und Reaktorsicherheit
Frau Dr. Barbara Hendricks
Stresemannstraße 128-130
10117 Berlin

Bundesminister für
Wirtschaft und Energie
Herrn Sigmar Gabriel
Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

Minister für Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft
des Landes Baden-Württemberg
Herrn Franz Untersteller
Kernerplatz 9
70182 Stuttgart

Bayerische Staatsministerin
für Wirtschaft, Medien, Energie
und Technologie
Frau Ilse Aigner
Prinzregentenstraße 28
80538 München

Bayerischer Staatsminister
für Umwelt und Gesundheit
Herrn Dr. Marcel Huber
Rosenkavalierplatz 2
81925 München

Senator für Stadtentwicklung
und Umwelt
Herrn Michael Müller
Württembergische Straße 6
10179 Berlin

Ministerin für Umwelt, Gesundheit
und Verbraucherschutz
des Landes Brandenburg
Frau Anita Tack
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten
des Landes Brandenburg
Herrn Ralf Christoffers
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
der Freien Hansestadt Bremen
Herrn Dr. Joachim Lohse
Ansgaritorstr. 2
28195 Bremen

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
der Freien Hansestadt Bremen
Herrn Martin Günthner
Zweite Schlachtpforte 3
28195 Bremen

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Frau Jutta Blankau
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

Senator für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
der Freien und Hansestadt Hamburg
Herrn Frank Horch
Alter Steinweg 4
20459 Hamburg

Staatsministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
des Landes Hessen
Frau Priska Hinz
Mainzer Straße 80
65189 Wiesbaden

Minister für Landwirtschaft, Umwelt
und Verbraucherschutz
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Herrn Dr. Till Backhaus
Paulshöher Weg 1
19061 Schwerin

Minister für Energie, Infrastruktur
und Landesentwicklung
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Herrn Christian Pegel
Schloßstraße 6-8
19053 Schwerin

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz
des Landes Niedersachsen
Herrn Stefan Wenzel
Archivstraße 2
30169 Hannover

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
des Landes Niedersachsen
Herrn Olaf Lies
Friedrichswall 1
30159 Hannover

Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Johannes Remmel
Schwannstraße 3
40476 Düsseldorf

Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk
des Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Garrelt Duin
Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Staatsministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Er-
nährung, Weinbau und Forsten
des Landes Rheinland-Pfalz
Frau Ulrike Höffken
Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz

Staatsministerin für Wirtschaft, Klimaschutz,
Energie und Landesplanung
des Landes Rheinland-Pfalz
Frau Eveline Lemke
Stiftsstraße 9
55116 Mainz

Minister für Umwelt und Verbraucherschutz
des Saarlandes
Herrn Reinhold Jost
Keplerstraße 18
66117 Saarbrücken

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie
und Verkehr des Saarlandes
Frau Anke Rehlinger
Franz-Josef-Röder-Straße 17
66119 Saarbrücken

Sächsischer Staatsminister
für Umwelt und Landwirtschaft
Herrn Frank Kupfer
Archivstraße 1
01097 Dresden

Sächsischer Staatsminister
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Herrn Sven Morlok
Wilhelm-Buck-Str. 2
01097 Dresden

Minister für Landwirtschaft und Umwelt
des Landes Sachsen-Anhalt
Herrn Dr. Hermann Onko Aeikens
Olvenstedter Straße 4
39108 Magdeburg

Minister für Wissenschaft und Wirtschaft
des Landes Sachsen-Anhalt
Herrn Hartmut Möllring
Hasselbachstraße 4
39104 Magdeburg

Minister für Landwirtschaft, Forsten,
Umwelt und Naturschutz
des Landes Thüringen
Herrn Jürgen Reinholz
Beethovenstraße 3
99096 Erfurt

19. Februar 2014

Eckpunkte zur Weiterentwicklung des Bergrechts

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Debatte um die Förderung von Kohlenwasserstoffen unter dem Einsatz der sog. Fracking-Methode hat deutschlandweit für Aufsehen und Kritik gesorgt. Im Zuge der Diskussion standen vor allem technische Fragen im Vordergrund. Daher ist eine Überarbeitung des alten Bundesberggesetzes – da werden Sie mir zustimmen - überfällig. Ein modernes Bergrecht muss neben der Rohstoffgewinnung auch dem Umweltschutz sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit Rechnung tragen. In der Diskussion um Fracking werden wir in Schleswig-Holstein immer wieder gerade mit diesen Problemen konfrontiert. Denn das Bergrecht vernachlässigt nicht nur die Pflicht zum sorgsamem Umgang mit der Umwelt, sondern entspricht unserem modernen Verständnis von Beteiligung und Transparenz nicht annähernd. Transparenz und Beteiligung sind aber notwendig, um Umwelt – also Natur und Menschen – zu schützen und den berechtigten Anliegen der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat sich daher entschlossen, eine Initiative anzustoßen, um das Bergrecht in einigen zentralen Punkten zu modernisieren. Im Einzelnen könnte ich mir daher eine Reihe von Änderungen vorstellen, die auf einen umfassenderen Schutz der Umwelt und weitergehende Partizipationsmöglichkeiten abzielen. Eine entsprechende stichwortartige Aufstellung füge ich dem Schreiben als Anlage bei.

Ich würde mich freuen, wenn meine Vorschläge einen Beitrag für eine Debatte über die Weiterentwicklung des Bergrechts unter den Bundesländern leisten könnten. Dabei wäre es im Ergebnis wünschenswert, wenn mehrere Bundesländer gemeinsam eine entsprechende Initiative auf den Weg bringen könnten. Selbstverständlich ist die Liste für weitere oder geänderte Vorschläge offen. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihre Anmerkungen oder ergänzende Vorschläge übermitteln könnten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Robert Habeck

Anlage: Eckpunkte zur Novelle des BBergG